

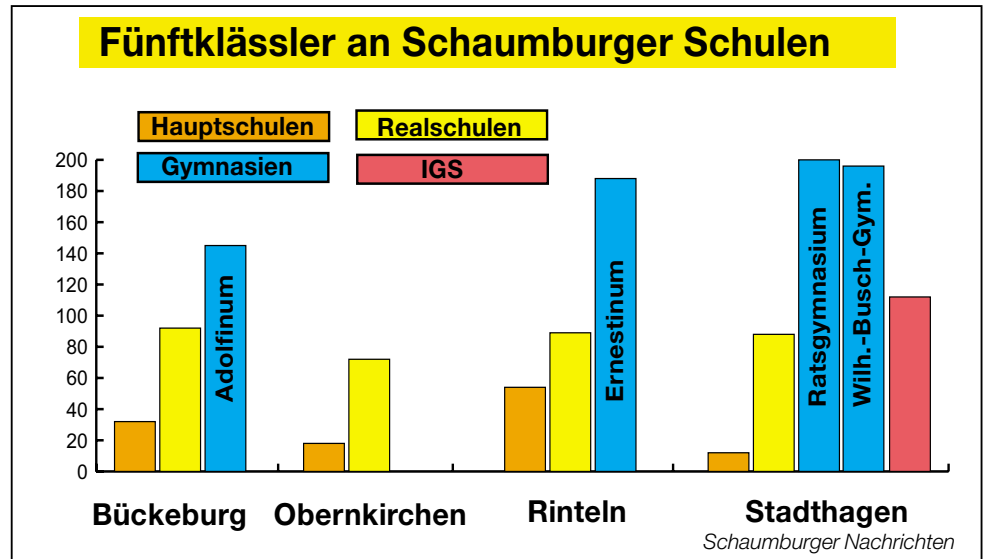
Geplante Schulgesetzänderung löst vielfache Aktivitäten aus **IGS-Fieber in Schaumburg**

Die Ankündigung vom Ministerpräsidenten Christian Wulff, nach der kommenden Landtagswahl das Schulgesetz zu ändern, um neue Gesamtschulen wieder errichten zu können, löst in Niedersachsen vielfache Aktivitäten aus, besonders auch im Schaumburger Land.

1991 wurde die erste und bis jetzt auch einzige Integrierte Gesamtschule im Landkreis Schaumburg in der Kreisstadt Stadthagen eingerichtet. Der Versuch, im Jahre 2002 eine weitere Gesamtschule (KGS) in Obernkirchen einzurichten, scheiterte am politischen Willen der Mehrheitsfraktion und am Widerstand der Schaumburger Gymnasien. Nach dem Regierungswechsel im Jahre 2003 wurde von der CDU/FDP – Landesregierung das Niedersächsische Schulgesetz geändert und die Errichtung neuer Gesamtschulen ausdrücklich verboten. Im § 12 NSchG heißt es: „Neue Gesamtschulen dürfen nicht errichtet werden“.

Anmeldeboom an der IGS Schaumburg

Die Anmeldezahlen an der IGS Schaumburg boomten seit 1991 regelrecht. Sie stiegen von 191 im Jahre 1991 auf 521 im Jahr 2007. Auffallend ist dabei, dass die Anmeldezahlen nach der Abschaffung der Orientierungsstufen deutlich gestiegen sind. Die IGS Schaumburg ist aus pädagogischen Gründen bewusst vierzünftig und entsprechend gebaut worden. Im Jahre 2006 erhielt die IGS Schaumburg sogar eine eigene gymnasiale Oberstufe. Es ist zweifelhaft so, dass das pädagogische Konzept, welches fortwährend weiterentwickelt wurde, bei

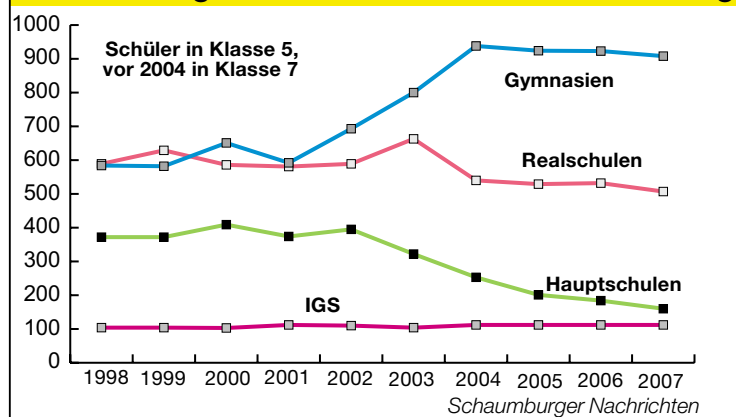


den Eltern im Landkreis Schaumburg eine sehr hohe Akzeptanz genießt. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die Ablehnung von 409 Schülerinnen und Schülern im diesjährigen Losverfahren bei den betroffenen Eltern rege Aktivitäten hervorgerufen hat. In einer Versammlung der Eltern im Forum der IGS Schaumburg, initiiert vom IGS- Schulleiterrat, wurde am 5. Juni 2007 eine Resolution „Wir fordern mehr Gesamtschulen im Schaumburger Land“ verabschiedet. Presse, Funk und Fernsehen haben über diese Veranstaltung landesweit ausführlich berichtet.

Eltern fordern mehr Gesamtschulen

re Einzelheiten wurden nicht bekannt. Wahlkampfgetöse? Die Oppositionsparteien SPD und Bündnis 90/Grüne verlangten am 17. Oktober 2007 im Landtag, das Errichtungsverbot sofort aus dem Schulgesetz zu streichen. Die Regierungsparteien von CDU und FDP lehnten dieses Begehren ab und verwiesen auf die Landtagswahl im Januar 2008. Die GEW und Gesamtschulinitiativen aus Hannover, Braunschweig und Schaumburg hatten kurz vor der Landtagsdebatte in unmittelbarer Nähe eine Kundgebung organisiert, auf der Kultusminister Busemann die ablehnende Haltung zur schnellen Schulgesetzänderung darstellte (EuW berichtete).

Entwicklung der Schülerzahlen in Schaumburg



Im September 2007 kündigte Ministerpräsident Christian Wulff überraschend an, das Schulgesetz nach der kommenden Landtagswahl zu ändern, falls die CDU dazu auch den Wählerauftrag erhalten würde. Es sollen wieder neue Gesamtschulen errichtet werden können, wenn der Elternwille klar erkennbar sei und der Schulträger dies auch politisch wolle. Weiter-

EuGH-Urteil zur Mehrarbeitsvergütung

Die GEW Niedersachsen fordert alle zeitbeschäftigten Beamtinnen und Beamten auf, bis zum 31.12.2007 ihren Anspruch auf Vergütung der Mehrarbeit geltend zu machen. Der enge Zeitrahmen ist erforderlich, weil die Gerichte inzwischen Ansprüche nur dann anerkennen, wenn sie zeitnah geltend gemacht wurden.

Ein entsprechendes Musterschreiben steht auf der Homepage der GEW, www.gew-nds.de.

Die weitere Entwicklung wird über die Homepage veröffentlicht.

NDR-Umfrage pro Gesamtschule

Die Gesamtschulinitiativen aber lassen sich nicht von dem starren Festhalten am bestehenden Errichtungsverbot für Gesamtschulen verunsichern und arbeiten intensiv und gezielt weiter. Zum Schuljahr 2008/09 wollen sie schließlich nach einer dann erfolgten Schulgesetzänderung startklar sein. Unterstützung erfahren die Initiativen auch durch die Ergebnisse einer Umfrage vom NDR –Fernsehen vom 7. November 2007. Danach findet die Neueinrichtung von Gesamtschulen in Niedersachsen eine breite Unterstützung. Rund zwei Drittel der Wahlberechtigten (64 Prozent!) sprechen sich dafür aus, dass neue Gesamtschulen wieder eingerichtet werden können. Besonders deutlich ist die Zustimmung in den Reihen der Grünen (82 Prozent) und der SPD (68 Prozent). Doch auch bei den CDU-Anhängern überwiegt die Zustimmung (53 zu 39 Prozent), selbst bei den FDP-Anhängern gibt es noch eine knappe Mehrheit (52 zu 48 Prozent).

Offenbar wusste der Ministerpräsident von der Stimmung in der Bevölkerung und hat deshalb die Errichtung weiterer Gesamtschulen signalisiert. Mit Gesamtschulen auf Stimmenfang, das ist neu in der CDU!

„IGS-Fieber in Schaumburg“ so titelte die Schaumburger Zeitung am 9. November einen sehr ausführlichen zweiseitigen Bericht über die aktuelle schulpolitische Diskussion im Schaumburger Land. Die Entwicklung der

Schülerzahlen an den einzelnen Schulformen lassen die Alarmglocken schrillen (siehe auch Grafik!). Nach der Abschaffung der Orientierungsstufen boomt es an den Gymnasien, die Zahlen an den Realschulen sind rückläufig. Verlierer sind die Hauptschulen, hier können manche nicht einmal mehr eine Klasse füllen. Nur noch 9,5 Prozent aller Schaumburger Fünftklässler gehen zurzeit zu einer Hauptschule. Die Gymnasialquote liegt bei 53,8 Prozent. Die IGS-Zahlen von 112 Schülern sind nur wegen der begrenzten Kapazität so stabil. Die Anmeldezahl von 521 in diesem Jahr überstieg die vorhandene Kapazität um das fast Fünffache. Nahezu 80 Prozent (!!!) der Bewerber mussten durch ein Losverfahren abgewiesen werden. Seit Einrichtung der IGS Schaumburg im Jahre 1991 mussten von den 5437 Bewerbern 3615 abgewiesen werden, das sind 67 Prozent. Landesweit liegt die IGS bei den Anmeldungen und den Ablehnungen mit großem Abstand an der Spitze – ein trauriger Rekord!

Das Ausbluten der Hauptschulen, die Anmelderekorde an der IGS und die völlig überfüllten Gymnasien rufen geradezu nach Veränderungen in der Schaumburger Schullandschaft. Die Ankündigung von Ministerpräsident Wulff, nach der nächsten Landtagswahl Gesamtschulen unter gewissen Bedingungen wieder zuzulassen, wirkte wie ein geöffnetes Ventil und löste vielfältige Debatten und Aktivitäten aus. Das „IGS-Fieber“ brach aus.

Im politischen Bereich und an den Schulen wurden fieberhaft Veränderungen diskutiert. Bereits vor der Ankündigung des Ministerpräsidenten hatte die Wählerinitiative „WIR für Schaumburg“ zwei weitere Integrierte Gesamtschulen zum kommenden Schuljahr gefordert. Die SPD (Unterbezirk Schaumburg) forderte weitere Gesamtschulen zum 1.8.2008. Bündnis 90/Die Grünen forderten neue Integrierte Gesamtschulen. Die CDU zeigte sich offen, favorisierte allerdings zunächst die Erweiterung der bestehenden IGS. Nach der Ankündigung machten sich die Schulzentren auf den Weg, es handelt sich hier um verbundene Haupt- und Realschulen im eher ländlichen Bereich.

Die Haupt- und Realschulen in Obernkirchen, Rodenberg und Helpsen haben bereits Beschlüsse zur Umwandlung in eine IGS gefasst. Lindhorst will folgen. Die Schulen werden von ihren jeweiligen Räten tatkräftig und einstimmig unterstützt (EuW wird in der nächsten Ausgabe hierzu näher berichten!).

Die aktuelle Diskussion im Landkreis Schaumburg zeigt, dass enormer Bedarf an Gesamtschulen vorhanden ist. Schulen und Räte wünschen sich vor allem Integrierte Gesamtschulen und das bereits zum 1.8.2008. Bleibt zu hoffen, dass der Landkreis als Schulträger die Antragsteller unterstützt und entsprechend beschließt. Dies hätte eine landesweite Signalwirkung.

RICHARD WILMERS

Der Schaumburger Weg

Jetzt IGS-Gründungen zum 1.8.2008 vorbereiten



EIN KOMMENTAR
VON
EBERHARD BRANDT

Ob die Ankündigung des Ministerpräsidenten Wulff, in Zukunft neue Gesamtschulen zulassen zu wollen, wirklich ernst gemeint ist? Im Landtag hatte die Regierung die

Möglichkeit nicht genutzt, mit SPD und Grünen das Gesamtschulgründungsverbot jetzt aus dem Schulgesetz zu streichen.

Kämen die Oppositionsparteien an die Regierung, dürften neuen Gesamtschulen keine Steine mehr in den Weg gelegt werden. Dafür sprechen die öffentlichen Reden und vor allem das Handeln vieler Sozialdemokraten in den Kommunen, es sei denn hinter den Konzepten der „gemeinsamen Schule“ und „9 macht klug“ verbirgt sich ein Konzept der Zweigliedrigkeit.

Welche Chancen gibt es, falls die konservativ-liberale Regierung an der Macht bleibt? Kultusminister Busemann hat erklärt, er könne sich vorstellen, dass zum 1. 8. 2008 die ersten neuen Gesamtschulen ihre Arbeit aufnehmen. Wir sollten ihn ernst und beim Wort nehmen. Wenn es nach Busemann geht, wird die Regierung die

Schulgesetzänderung nach der Konstituierung des Parlaments zügig verabschieden. Für den Kultusminister müssen für die Genehmigung neuer Gesamtschulen folgende Bedingungen erfüllt sein: Der Wille des Schulträgers und der Eltern muss eindeutig sein. Schulen des gegliederten Schulsystems müssen vom Schulträger weiter vorgehalten werden. Die Schulträger sollen gezwungen werden, die Zügigkeit vorhandener Gesamtschulen zu erhöhen. Dass die GEW diese restriktiven Bedingungen ablehnt und weitergehende Vorstellungen hat, ist klar.

Was können Kommunen und Gesamtschulinitiativen jetzt tun? Ich plädiere für den Schaumburger Weg. Wenn Gemeinden ihre Schulzentren in eine IGS umwandeln wollen, um ihr Bildungsangebot zu verbessern, können sie dies jetzt beschließen. Kreise und selbstständige Städte können den Beschluss fassen, eine Vorbereitungsgruppe zum 1. 2. 2008 einzurichten. Wenn bei vorhandenen Gesamtschulen ein großer Bewerberüberhang besteht, ist eine Erhebung des Bedarfs überflüssig. Andere Schulträger können die Eltern der Grundschulen befragen. Die Voten der Kollegien über ihre Vorstellungen zur zukünftigen Entwicklung ihrer Schule sind ebenfalls sehr wichtig. Die Schulträger sollten im Vorgriff auf die angekündigte Gesetzesänderung einen Antrag auf Einrichtung einer Gesamtschule an die

Landesschulbehörde richten. Der kann erst nach dem Parlamentsbeschluss bearbeitet werden.

Ähnlich wie in Schaumburg arbeiten auch die Gesamtschulanhänger im Landkreis Friesland. Das berichteten deren Vertreter bei der letzten Sitzung der Gesamtschulinitiativen. „Unser Kreis hat die Einrichtung einer Vorbereitungsgruppe beschlossen und mit den nötigen Finanzen ausgestattet.“ erklärt Olaf Lies, Sprecher der IGS-Initiative, stellv. Landrat aus Friesland und SPD-Landtagskandidat. „Der Bedarf in der Elternschaft ist eindeutig.“ kommentieren die Vorsitzenden der Elternvertretungen zweier Grundschulen Anka Clemens-Wölbern und Thomas Klaus. „Eigentlich hätten wir eine Befragung gar nicht gebraucht, weil seit Jahren alleine die Zahl der Eltern, die ihre Kinder vergeblich an der IGS Wilhelmshaven anmelden, den Bedarf für eine eigene IGS in Friesland beweist.“ Im Kreistag und den Gemeinden ist unstrittig, dass ein Schulzentrum in eine IGS umgewandelt werden soll. Diese Absicht ist so eindeutig, dass sich auch die CDU - Landtagskandidatin Elisabeth Onken für eine neue IGS einsetzt und im Kreistag den Antrag eingebracht hat, 10.000 Euro für die Vorbereitungsgruppe zu bewilligen.

Das ist in der Tat nicht nur in Niedersachsen neu: Wahlen kann gewinnen, wer für Gesamtschulen eintritt.